

NACHRICHTEN

Ankara entlässt Richter und Staatsanwälte

Istanbul. Die türkischen Justizbehörden haben Freitag die Entlassung von 107 weiteren Richtern und Staatsanwälten bekannt gegeben. Wie die Nachrichtenagentur Anadolu meldete, wird ihnen vorgeworfen, Unterstützer der Gülen-Bewegung zu sein, die für den gescheiterten Militärputsch vom Juli 2016 verantwortlich gemacht wird. Die Zahl der seit dem Putschversuch entlassenen Richter und Staatsanwälte stieg damit Anadolu zufolge auf 4238. Seit dem Putschversuch gab es mehr als 47 000 Inhaftierungen, mehr als 100 000 Beamte wurden entlassen oder vorübergehend aus dem Staatsdienst entfernt. *AFP/nd*

Protest Zehntausender in Warschau

Warschau. Zehntausende Polen haben am Samstag in Warschau gegen die Politik der nationalkonservativen Regierung protestiert. Zu dem »Marsch für die Freiheit« hatte die größte Oppositionspartei Bürgerplattform (PO) aufgerufen, ihr schlossen sich weitere Parteien, Lehrgewerkschaften sowie Vertreter anderer Städte an. Laut der von der PO kontrollierten Stadtverwaltung beteiligten sich rund 70 000 Menschen an der Kundgebung, die Polizei sprach von 9000 Teilnehmern. *AFP/nd*

Demonstration Moskauer Regierungsgegner

Moskau. Mit einem Marsch am fünften Jahrestag der Massenproteste in Moskau haben russische Regierungsgegner gegen Repression und Willkür demonstriert. Laut Innenministerium gingen rund 1000 Menschen auf die Straße, unabhängige Beobachter zählten knapp 3000 Teilnehmer. Es sei zu keinen Zwischenfällen auf den genehmigten Routen gekommen, meldete die Agentur Interfax am Samstag. Die Menschenrechtsorganisation OVD-Info sprach von mindestens sieben Festnahmen auf dem Bolotnaja-Platz, der von den Behörden für die Demonstration nicht freigegeben worden war. *dpa/nd*

Weiterer Kandidat Trumps zog zurück

Washington. US-Präsident Donald Trump hat einen weiteren Kandidaten für den Chefposten des US-Heeresamtes verloren. Nachdem Abgeordnete Äußerungen des Kandidaten Mark Green zu Transsexuellen, Muslimen und Latinos kritisiert und ihn für ungeeignet erklärt hatten, zog Green seine Kandidatur am Freitag zurück. Der republikanische Senator für den Bundesstaat Tennessee erklärte, seine christlichen Überzeugungen seien falsch dargestellt worden. *AFP/nd*

ANZEIGE

► **nd mittendrin**
Lesen gegen das Vergessen
10. Mai · 17 – 19 Uhr
Bebelplatz in Berlin-Mitte

Es lesen:
Peter Bause, Marion Brasch, Joseph Konrad Bundschuh, Tino Eisbrenner, Wolfgang Kohlhaase, Nina Kronjäger, Gesine Löttsch, Ronald Paris, Petra Pau, André von Sallwitz, Gisela Steinecker, Tolga Tavan, Mira Tscherne, Jutta Wachowiak, Nina Marie Wyss, Robert Zimmermann.

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG **nd**

»Ich habe ein Recht auf die Kandidatur«

Paraguays linker Expräsident Fernando Lugo über die umstrittene Verfassungsreform und das Ziel der Oligarchien

Herr Lugo, die ParlamentarierInnen der Linkspartei Frente Guasú (Breite Front) haben sich mit Teilen der rechten Colorados um Präsident Horacio Cartes zusammengetan, um über ein Referendum die Verfassung zu ändern und die Wiederwahl potenziell für Cartes und ihre Kandidatur als ehemaliger Präsident zu ermöglichen. Das führte Ende März zu massiven Protesten bei denen ein Mensch getötet und rund 100 weitere Menschen verletzt worden waren. Eine Mehrheit der Abgeordneten kammer hat diesen Vorstoß des Senats am 26. April mit einem abschlägigen Votum zunichte gemacht. Die Frente Guasú ist aus den Ereignissen der vergangenen Wochen geschwächt hervorgegangen. War das der richtige Weg?

Persönlich bin ich davon überzeugt, dass ich uneingeschränkt das Recht habe, Präsidentschaftskandidat zu sein, denn ich bin aktiver Senator und habe meine Amtszeit wegen des parlamentarischen Staatsstreichs im Juni 2012 nicht beendet. Außerdem verwehrt der Artikel 229 der Verfassung nur dem gerade amtierenden Präsidenten die Kandidatur, nicht aber den Expräsidenten wie mir. Also brauche ich auch keinen Verfassungszusatz. Die Frente Guasú ist derselben Auffassung und war schon 2011 für einen Verfassungszusatz für eine einmalige Wiederwahl, um meine Kandidatur zu garantieren, weil diese sicher angefochten wird (der Wortlaut der Verfassung wird unterschiedlich interpretiert, d. Red.). Wer seine Position geändert hat, ist die Colorado-Partei.

Dennoch steht vor allem die Frente Guasú in der Kritik. Trifft Sie das persönlich?



Fernando Lugo war vom 15. August 2008 bis zum 22. Juni 2012 Staatspräsident von Paraguay. Von 1994 bis 2005 war der 65-Jährige Bischof der römisch-katholischen Diözese San Pedro im verarmten Zentrum des Landes. Lugo galt zum Amtsantritt als linker Hoffnungsträger, der die 61-jährige Vorherrschaft der Colorado-Partei brechen konnte. Ein parlamentarischer Putsch beendete 2012 vorzeitig seine Amtszeit. Über die aktuelle Situation in Paraguay sprach mit dem Senator des Linksbündnisses Frente Guasú für das »nd« Gerhard Dilger.

Foto: dpa/Iván Franco

Die Angriffe, die wir von Seiten der großen Medien, von der reaktionärsten Oligarchie und von den neoliberalsten Parteiführungen erhalten haben, die dagegen sind, dass das Volk direkt über so eine zentrale Frage wie die Wiederwahl entscheiden soll, haben uns natürlich zugesetzt, aber früher oder später kommt die Wahrheit immer heraus. Wir sind die politische Organisation, die die politischen Prinzipien und eine friedliche Linie hochgehalten hat. Jene hingegen, die zur Gewalt geschritten sind, sowohl aus der neoliberalen Opposition gegen Cartes heraus wie auch seine Regierung selbst, die die Demonstration mit übermäßiger Härte niedergeschlagen hat, können vorübergehend erfolgreich sein.

Nur vorübergehend?

Die Leute überlegen, und sobald die Wirkung der Medienpropaganda nachlässt, kommen sie zu ihren eigenen Schlussfolgerungen. Davon werden sicher wir profitieren, die wir nicht nur für Frieden und Demokratie eintreten, sondern diese Werte selbst in den schwierigsten Momenten unserer jüngsten Geschichte praktiziert haben. Es lohnt sich immer, auf der Seite der Wahrheit, friedlicher Methoden, der partizipativen Demokratie und des Volkswillens zu sein, auch wenn bisweilen die großen Interessen des Medienoligopols unserer Popularität zusetzen, wie es jetzt in der Tat vielleicht der Fall ist.

Horacio Cartes hat nun angekündigt, er werde 2018 nicht mehr antreten. Welche Chancen hat angesichts der starken Position der Rechten eine Kandidatur Lugo?

Die Frente Guasú hat sich auf ihrem jüngsten Kongress für meine Kandi-



Anonymous ist überall: Nein zur Verfassungsänderung in Paraguay

Foto: AFP/Norberto Duarte

atur ausgesprochen, auch andere demokratische Kräfte wollen sich anschließen. Es stimmt, das Panorama erscheint heute verdüstert angesichts der Gewalt der extremeren Rechten, es scheint für ein wirkliches Projekt des Wandels nicht genug Platz zu geben – nicht einmal ein linkes, sondern von demokratischer und nationaler Entwicklung. Zuerst muss die Gewalt aus der politischen Praxis verbannt werden. Die Meinung der Leute wird sich bald herausbilden, denn die BürgerInnen sehen sich danach, in Frieden und Demokratie zu leben, sie wollen, dass sich das Gesundheitswesen und die öffentliche Bildung verbessern, würdige Arbeit für alle.

Was, wenn der Oberste Gerichtshof Ihre Kandidatur verbietet?

Wenn er mir das Recht auf die Kandidatur verwehrt, werde ich das natürlich akzeptieren. Allerdings haben wir die Interamerikanische Menschenrechtskommission eingeschal-

det, die einen vorsorglichen Erlass herausgeben könnte, die Paraguay befolgen müsste – so sieht das die Amerikanische Menschenrechtskonvention vor, die von uns ratifiziert wurde. Sollte das jedoch nicht rechtzeitig passieren, werden wir weitersehen ... In Brasilien und Argentinien gibt es übrigens ganz ähnliche Versuche, erneute Kandidaturen populärer Führungsfiguren wie Lula oder Cristina Kirchner mit allen Mitteln zu verhindern. Die Methoden sind verschieden, doch das Ziel der Oligarchien ist dasselbe: zu verhindern, dass volksnahe Politiker sauber Wahlen gewinnen können.

Was ist Ihre Hauptkritik an der Dominanz des Agrobusiness in Paraguay?

Paraguay strebt eine nachhaltige, unabhängige Entwicklung für alle an. Multis wie Bayer oder Monsanto treiben genau das Gegenteil voran: soziale Ausgrenzung, Umwelterstörung, Abhängigkeit. Wir haben das

Klima, die Böden und das Wissen, um genügend gesunde Lebensmittel für unsere gesamte Bevölkerung und viele Millionen mehr produzieren zu können. Stattdessen stellen wir Futtermittel und Rohstoffe zur Produktion von zweifelhaften Agrotreibstoffen her. Von diesem System profitiert nur ein winziger Teil der Bevölkerung, dabei müsste es zugunsten der ganzen Menschheit geändert werden.

Wie will die Frente Guasú dieses ausgrenzende System verändern?

Wir müssen mit einer bewussteren Bevölkerung unser Transformationsprojekt erweitern und festigen. Wir schlagen Partizipation und soziale Inklusion vor. Der Wandel geschieht von unten nach oben, und falls wir 2018 an die Regierung kommen, müssen wir immer auf das Volk hören, bei allen kleinen und großen Regierungsentscheidungen, um die paraguayische Gesellschaft gerechter und solidarischer zu machen.

Der albanische Faktor in Mazedonien

Moskau beklagt ausländische Einmischung auf dem Balkan und Druck für EU- und NATO-Beitritte

Die Ruhe nach den Tumulten Ende April in Skopje, der Hauptstadt Mazedoniens, war trügerisch. Der Mai begann mit Protesten.

Von Elke Windisch, Dubrovnik

Anfang Mai gingen in der mazedonischen Hauptstadt Skopje erneut Tausende Demonstranten auf die Straßen. Ihre Proteste richteten sich gegen die Pläne einer Regierungsbildung unter Beteiligung ethnischer albanischer Parteien. Anhänger des langjährigen Regierungschefs Nikola Gruevski, dessen nationale konservative VMRO den Westbalkan-Staat von 2006 bis Dezember 2016 regierte, hatten einige Tage zuvor das Parlament gestürmt, um die Wahl eines ethnischen Albaners zum neuen Chef der Legislative zu verhindern. Es gab zahlreiche Verletzte.

Die ungelöste albanische Frage, glaubt die bosnische Politologin Lejla Ramic-Mesihovic, sei der Hauptgrund für die Dauerkrise in Mazedonien. Albaner stellen mindestens 25 Prozent der Gesamtbevölkerung, sehen sich aber in den Institutionen unterrepräsentiert und diskriminiert. Gruevski setzte die so genannte Tirana-Plattform nicht um – ein Dokument, das in Zusammenarbeit mit der Republik Albanien erarbeitet wurde und den mazedonischen Albanern Autonomie verschaffen soll. Auch deshalb kündigte die größte Albaner-

Partei nach den Parlamentswahlen im Dezember die Koalition mit der VMRO und verbündete sich mit Zoran Zaev, Chef der Sozialdemokraten. Obwohl beide zusammen die neue Mehrheit stellen, erhielt Zaev von Präsident Gorge Ivanov zunächst kein Mandat für die Bildung einer neuen Regierung. Er hatte die zweite große Albaner-Partei ins Boot geholt und die Umsetzung der »Tirana-Plattform« versprochen. Der Staatschef sieht dadurch die territoriale Integrität Mazedoniens bedroht.

Die Ängste sind nicht ganz unbegründet. Schon bei früheren Unruhen in den Jahren 2002 und 2015 drohten albanische Nationalisten mit Abspaltung ihrer Regionen und Anschluss an die Republik Albanien. Und ausgerechnet auf dem bisherigen Höhepunkt der neuen Tumulte dachten Politiker in Tirana und Kosovo laut über Fusion und Groß-Albanien nach.

Der Westen reagierte mit scharfer Kritik. Das Außenamt in Moskau indes sieht, wie Sprecherin Maria Sacharowa formulierte, dieses zeitliche Zusammenspiel, vor allem aber die Entwicklungen in Mazedonien selbst als »unträglichen Beweis« für ausländische Einmischung. Die sei auch der Hauptgrund für die politische Krise. Experten sehen das ähnlich.

Washington und Brüssel brachten auf dem Balkan »gehorsame« Anführer, glaubt der mazedonische Politologe Branko Djordevski. Zwar ha-

be auch Gruevski die Integration in westliche Strukturen verfolgt, sei in Washington und Brüssel jedoch wegen Kooperation mit Russland im Energiebereich in Ungnade gefallen.

Gemeint ist die Schwarzmeer-Pipeline Turkstream, die Südosteuropa unter Umgehung der Ukraine mit russischem Gas versorgen soll. Für das arme Mazedonien würden dabei Durchleitungsgebühren in Milliardenhöhe und Hunderte Arbeitsplätze abfallen. Da es für Mazedonien als Transitland keine Alternative gibt, habe der Westen systematisch den Sturz Gruevskis betrieben, dessen Gegenspieler – den bis dato weitgehend unbekanntem Zaev – mit Finanzspritzen alimentiert.

Um Russlands Einfluss zurückzudrängen sei parallel dazu der albanische Faktor auf dem gesamten Westbalkan aktiviert worden. Das sei derzeit gut in Montenegro zu besichtigen, so der russische Balkan-Experte Alexander Safonow. Den umstrittenen NATO-Beitritt setzte die dortige Regierung vor allem mit Hilfe der albanischen Minderheit durch.

Die Albaner haben Moskaus Unterstützung für Serbien im Kosovo-Krieg 1999 nicht vergessen und schon gar nicht verziehen. Gruevski machen sie zudem persönlich dafür verantwortlich, dass Mazedonien Kosovo bis heute nicht anerkennt. Zajev als designierter Regierungschef glaubt der Belgrader Politikwissen-



schaftler Dragomir Anđelković, werde liefern. Durch sein Bündnis mit den Albaner-Parteien mache er jedoch Mazedonien zu deren Geisel. Sie, so warnt auch sein russischer Kollege Safonow, würden auf Tempo beim NATO- und EU-Beitritt sowie auf Anschluss Mazedoniens an die Russland-Sanktionen drücken.

Obwohl Skopje sich damit ins eigene Knie schießen würde: Moskau müsste dann seinen Einfuhrstopp für europäische Agrarerzeugnisse auch auf Mazedonien ausdehnen. Mit Obst und Gemüse hatte Mazedonien seine Russland-Exporte 2016 um fast 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert.

Jedes Land, das den konstruktiven Dialog mit geopolitischen Gegenspielern des Westens sucht, sei für diesen ein Problem, glaubt der Moskauer Balkan-Kenner Artjom Ulunjan. Durch Instabilität in der Region solle auch ein chinesisches Projekt verhindert werden: eine Schnellbahn Thessaloniki-Budapest.

Britanniens Konservative siegten klar

London. (AFP) Bei den Kommunalwahlen in Großbritannien hat die Konservative Partei von Premierministerin Theresa May deutlich gewonnen. Nach Auszählung aller 88 Wahlkreise am Freitagabend gewannen die Tories der Agentur Press Association zufolge 1900 Sitze – das sind 558 mehr als bei den vorhergehenden Wahlen. Die oppositionelle Labour-Partei musste dagegen schwere Verluste hinnehmen, ebenso die rechtspopulistische United Kingdom Independence Party (Ukip).

Insgesamt gingen 28 Wahlkreise an die Tories, nur neun an Labour. Die Labour-Partei kam auf 1151 Sitze, 320 weniger als zuvor. Die besonders EU-freundlichen Liberaldemokraten erreichten 441 Mandate, 37 weniger als bei den Wahlen 2013. Die EU-feindliche Ukip verlor alle ihre bisherigen 114 Mandate und gewann lediglich einen neuen Sitz.

Die Schottische National-Partei (SNP), die für ein weiteres Referendum über die Unabhängigkeit von Großbritannien eintritt, gewann 31 Sitze hinzu und kam auf 431. Allerdings verzeichnete die Konservative Partei in Schottland den stärksten Zuwachs (von 164 auf 276 Sitze). Labour verlor die Kontrolle über den Gemeinderat der Großstadt Glasgow. *AFP/nd*